

## **Nachbericht grünes Fachgespräch: Das Heidelberger Bürgerbeteiligungsmodell. Vorbild für Bremen?**

*Von Marie Hoppe (MdBB), Sprecherin für Bürgerbeteiligung*

Am vorletzten Freitag haben wir in der Bremischen Bürgerschaft diskutiert, in wieweit das Heidelberger Modell der Bürgerbeteiligung ein Vorbild für Bremen sein könnte. In dem spannenden Gespräch mit VertreterInnen aus Verwaltung, Politik, Bürgerinitiativen, Mehr Demokratie, Bürgerstiftung, Bremen Online und weiteren Gästen entstanden viele neue Ansatzpunkte. Gerade die Vorhabenliste, welche frühzeitig einen Überblick über aktuelle Planungsvorhaben ermöglicht, stieß auf große Zustimmung. Auch der Ansatz, BürgerInnen von sich aus Beteiligungsprozesse anregen zu lassen, fand Anklang. Zur Beratung und Koordinierung wäre, wie in Heidelberg, auch in Bremen eine zuständige Stelle hilfreich. Das Beteiligung Geld kostet, aber keine Beteiligung noch viel mehr, wurde eindrucksvoll an einem Heidelberger Beispiel geschildert. Insgesamt wurde deutlich: Beteiligung muss gewollt sein, braucht einen Rahmen, der nicht zu eng sein darf und Ressourcen.



Die Heidelberger Leitlinien der Bürgerbeteiligung wurden von Stefan Zöllner vom Heidelberger Amt für Stadtentwicklung und Statistik und ihr Entstehungsprozess von Dr. Steffen Sigmund, dem Vorsitzenden der Bürgerstiftung Heidelberg, vorgestellt. Moderiert wurde die Veranstaltung von Dr. Jan-Hendrik Kamlage vom Kulturwissenschaftlichen Institut Essen.

Bremen ist in vielen Bereichen der Beteiligung sehr fortschrittlich. Das Wahlrecht wird ausgeweitet, die Transparenz kontinuierlich verbessert (Informationsfreiheitsgesetz und Open Data Initiative) und die Hürden für Volksinitiativen gesenkt. Neben den vielen

kleinen Projekten in den Stadtteilen gibt es großangelegte Beteiligungsprozesse wie z.B. beim Hulsbergviertel, dem Verkehrsentwicklungsplan oder dem Flächennutzungsplan.

Was jedoch noch nicht umgesetzt ist, ist ein systematisierteres Vorgehen. Vieles hängt oftmals von der jeweiligen Besetzung innerhalb der Verwaltung ab. Es lässt sich oft nicht klar erkennen, warum bei dem einen Projekt Beteiligung stattfindet und bei einem anderen nicht. Es gibt keinen organisierten Erfahrungs- und Wissensaustausch zwischen den Ressorts, keine zentraleN AnsprechpartnerIn für Bürgerbeteiligung.

Hintergrund für die Ausweitung und Systematisierung der Bürgerbeteiligung in Heidelberg war der damalige Konflikt um ein geplantes Kongresszentrum in der Altstadt. Durch einen erfolgreichen Bürgerentscheid wurde das Vorhaben von den BürgerInnen gestoppt und damit die Politik in eine „Schockstarre“ versetzt. Mit viel Geld wurde an dem Willen der BürgerInnen vorbei geplant. Dies sollte nicht noch mal passieren. Der Oberbürgermeister und der Gemeinderat initiierten einen Prozess, in dem unter wissenschaftlicher Leitung und Moderation in einem Dialog mit BürgerInnen, Gemeinderat und Verwaltung die Leitlinien der mitgestaltenden Bürgerbeteiligung erarbeitet wurden.

Die Leitlinien beinhalten eine Art standardisierten Ablauf. Die frühzeitige Information über anstehende Planungen der Stadtverwaltung wird durch eine Vorhabenliste gesichert, welche in Internet und Presse veröffentlicht wird. Die Anregung von Bürgerbeteiligung ist von verschiedenen Seiten möglich (Beiräte, Verwaltung, Gemeinderat oder von den Bürgern mit 1.000 Unterschriften). Die Entscheidung, ob Bürgerbeteiligung durchgeführt wird, bleibt jedoch beim Gemeinderat. Entscheidet sich der Gemeinderat dafür, wird in kooperativer Planung ein Beteiligungskonzept erarbeitet. Am Ende des Prozesses steht nach wie vor die Entscheidung des Gemeinderates in der Sache. Das Beteiligungsergebnis muss aber im Abwägungs- und Entscheidungsprozess berücksichtigt werden. Zum Schluss werden alle Projekte evaluiert.

Mehr zu den Leitlinien unter: [www.heidelberg.de/servlet/PB/menu/1211760/index.html](http://www.heidelberg.de/servlet/PB/menu/1211760/index.html)

Anschließend an die Vorträge aus Heidelberg wurde gemeinsam mit den TeilnehmerInnen die Übertragbarkeit für Bremen diskutiert. Dabei stieß gerade die Vorhabenliste auf großen Zuspruch. In Bremen sei es derzeit für BürgerInnen mit hohem Aufwand verbunden, Informationen zum aktuellen Stand von Planungsvorhaben zu erhalten. Ein guter Ansatz besteht in Bremen schon mit den Planungskonferenzen der Beiräte. Eine für alle übers Internet und Presse veröffentlichte Vorhabenliste wäre jedoch weitreichender. Es wurde darauf hingewiesen, dass bei einer Vorhabenliste die spezielle Rolle der Deputation mitbedacht werden müsse. Eine Koordinierungsstelle könnte eine

große Unterstützung für die Beiräte darstellen. In Heidelberg wird sie auch im Konfliktfall als neutrale Instanz anerkannt. Hier findet eine Kompetenzbündelung zur Planung und teilweise auch Durchführung von Beteiligungsprozessen statt. In Bremen gibt es für Jugendbeteiligung schon eine Koordinierungsstelle. Teilweise kontrovers wurde über die Regelmäßigkeit diskutiert. Einerseits sollte Beteiligung frei entstehen und mitgedacht werden, also eine allgemeine Sensibilität dafür herrschen, auf der anderen Seite seien Appelle an beispielsweise die Verwaltung nicht ausreichend. Des Weiteren wurde die Rolle der Parteien und Institutionen angesprochen, die sich in Heidelberg in dem Prozess eher zurückgehalten haben. Zur Beteiligung brauchen die BürgerInnen Zeit und Kompetenz. Ergebnisse zu einer Sozialstrukturanalyse der Beteiligten in Heidelberg liegen noch nicht vor. Auch die Evaluation des noch jungen Modells auf Heidelberg muss noch etwas gewartet werden. Eine Fortsetzung der Veranstaltung mit den Evaluationsergebnissen aus Heidelberg und weiteren Erfahrungen aus Bremen wurde angeregt.

Zum Abschluss bekamen wir von den beiden Heidelbergern die Rückmeldung, eine große Begeisterung für Bürgerbeteiligung wahrzunehmen und den Tipp, die gemachten Erfahrungen mit Beteiligungsprozessen in Bremen zu nutzen um daraus Handlungsschritte für die Zukunft abzuleiten.

Ich bedanke mich bei allen Gästen für das spannende Fachgespräch und die vielen neuen Impulse.

Marie Hoppe, MdBB  
Sprecherin für Bürgerbeteiligung